



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

64. Sitzung (öffentlich)

21. Januar 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:50 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

Zur Tagesordnung **6**

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen, den Punkt „Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW“ von der Tagesordnung abzusetzen, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP an. *(Die Fraktion der Piraten hat nicht abgestimmt.)*

Die Nummerierung der Punkte ändert sich entsprechend.

- 1 Umsetzung des Mindestlohns in NRW – Geplante flankierende Aktivitäten des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales** **7**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2579

Dem Bericht von Minister Guntram Schneider (MAIS) folgt eine Diskussion im Ausschuss.

- 2 Umgang mit dem von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie in den Jahren 1949 – 1990 erlittenen Leid und Unrecht** **13**

Vorlage 16/2569

– Reaktionen und weitere Aktivitäten

Der Ausschussvorsitzende informiert die Abgeordneten über den aktuellen Sachstand. Es schließt sich ein Wortbeitrag von Minister Guntram Schneider (MAIS) an.

- 3 91. Arbeits- und Sozialministerkonferenz vom 26./27. November 2014 in Mainz** **15**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2526
Vorlage 16/2548

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) und Minister Guntram Schneider (MAIS) beantworten Fragen aus dem Ausschuss.

- 4 Erfahrungen mit der Übertragung der Aufgaben nach den §§ 69 und 145 des Sozialgesetzbuchs IX auf die Kreise und kreisfreien Städte gem. § 2 Abs. 4 des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes NRW** **18**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2557

Minister Guntram Schneider (MAIS) berichtet. Es folgen zwei Wortbeiträge von Abgeordneten.

SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU
bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten ab.

- 8 Bericht über die Haltung der Landesregierung zum „Bremer Modell – Gesundheitsversorgung Asylsuchender“ 35**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2596
(Keine Wortmeldungen)
- 9 Altersgerechte Quartiersentwicklung und die Rolle der Kommunen in der Pflege 36**
- In Verbindung mit:
Bericht über die Äußerungen von Frau Ministerin Steffens zur Inanspruchnahme der Pflegeversicherung für Planungs- und Strukturmaßnahmen altersgerechter Wohnquartiere
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2621
- Der Ausschuss kommt überein, die Beratung zu diesem Punkt auf eine seiner März-Sitzungen zu verschieben.
- 10 Verschiedenes 37**
- Reise zum 80. Deutschen Fürsorgetag in Leipzig 37**

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Günter Garbrecht begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung im neuen Jahr und wünscht weiterhin gute Zusammenarbeit.

Sodann bedankt sich der Vorsitzende für die zahlreichen Glückwünsche zu seinem 65. Geburtstag Anfang des Jahres.

Als Sprecher der Piratenfraktion im AGS-Ausschuss fungiere nunmehr Herr Torsten Sommer.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Günter Garbrecht erteilt Herrn Scheffler das Wort zur Erläuterung des Antrags der Koalitionsfraktionen, den Punkt „Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Die Koalitionsfraktionen hätten das laufende Verfahren zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW gerne in dieser Ausschusssitzung abgeschlossen, legt **Michael Scheffler (SPD)** dar, wollten jedoch auch noch die jüngst aufgetretenen Fragen prüfen. Am Vortag habe sich die kommunale Familie dafür ausgesprochen, zwecks Vermeidung eines Schnellschusses zunächst die noch offenen Punkte zu klären. Die privaten Anbieter hätten sich in gleicher Weise geäußert. Mit Blick auf die ohnehin angestrebte lange Übergangsfrist sei die Verlängerung dieses Gesetzgebungsverfahrens um einige Wochen – unter Berücksichtigung der anstehenden „fünften Jahreszeit“ – durchaus vertretbar. Entsprechend dem guten Brauch im Hause sollte der Ausschuss diesem Antrag der Koalitionsfraktionen auf Vertagung stattgeben.

Peter Preuß (CDU) ist namens seiner Fraktion gegen die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung. Das Gesetzgebungsverfahren dauere bereits ausgesprochen lange. Der Ausschuss habe zahlreiche Gespräche auch mit den Anbietern geführt. In ihrem Schreiben vom 11. Dezember 2014 hätten die Verbände die von der CDU-Fraktion Ende November 2014 beantragten Änderungen am Gesetzentwurf ausdrücklich befürwortet und um eine möglichst schnelle Verabschiedung des Gesetzes gebeten. Insbesondere im Hinblick auf die Notfallsanitäterausbildung müsse der Landtag endlich Rechtssicherheit schaffen.

Auch seine Fraktion lehne die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung ab, so **Ulrich Alda (FDP)**. Das Gesetzgebungsverfahren dauere nunmehr fast drei Jahre und müsse endlich beendet werden.

Sodann lässt **Vorsitzender Günter Garbrecht** abstimmen.

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen, den Punkt „Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW“ von der Tagesordnung abzusetzen, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP an. *(Die Fraktion der Piraten hat nicht abgestimmt.)*

Die Nummerierung der Punkte ändert sich entsprechend.